

Das Grundgesetz wurde vor 70 Jahren
verabschiedet.
Haben wir Gründe zum Jubeln oder Trauern?

*Anmerkungen zu dem Kommentar „Unser Grundgesetz / 70 Jahre
grandios erfolgreich und trotzdem unvollendet“ von Professor Dr.
Hemann Heußner, veröffentlicht im **mdmagazin** – Zeitschrift für direkte
Demokratie / Ausgabe 2.2019*

von
Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

164.0

Text 164.1

Anhang
**Auszüge aus früheren Arbeiten zum Themenkreis
mit Links**

August 2019

oooooooooooooooooooooooooooo

Text 164.2

Zwischenbemerkungen
zum Links-rechts-Schema
Juden und Palästinensern
und
Eindrücke in der Kreuzkirche in Dresden

Zum besseren Leseverständnis des Anhanges 164.2

Während der Niederschrift des ersten Teils des Haupttextes 164.0 wurde ich beim Lesen des Textes von Prof. Heußner an der Stelle, wo er schreibt, dass das Grundgesetz wirtschaftspolitisch neutral sei, an eine gleichlautende Aussage des ehemaligen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Ernst Benda erinnert. Auch wusste ich, dass ich Bendas Äußerung zum Thema *Wirtschaftssystem und Grundgesetz* schon zitiert habe. Ich habe dann unter www.tristan-abromeit.de auf der Startseite die Suchfunktion benutzt und den Namen Benda eingegeben. (Die Suchfunktion befindet sich unterhalb der Kopfzeile **Texte / Arbeiten** und sieht wie folgt aus: [Suche in den Texten auf tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de) Wenn man da zweimal drauf klickt, kann man mit Namen oder Sachbegriffen in meinen Texten suchen. Es erscheint dann eine Liste mit Arbeiten, in denen der Suchbegriff vorkommt. Manchmal befinden sich an erster Stelle Werbehinweise, auf die ich keinen Einfluss habe.)

Bei meiner Eingabe mit dem Wort *Benda* erschienen mehrere Nennungen, die eine bezog sich aber nicht auf die Wirtschaftsordnung, sondern auf Ernst Benda als er Innenminister war und der Titel der Arbeit lautete wie folgt:

Verfassungsbeschwerde über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur Europäischen Währungsunion durch den deutschen Bundestag / Oktober 1992 Tristan Abromeit

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/10.0%20Verfassungsbeschwerde.pdf>

In den Anmerkungen des Textes Verfassungsbeschwerde auf der Seite 30 ist dort zu lesen:

1)) Zum Text Seite 4:

Die oben zitierte Aussage von Dr. Hans-Jochen Vogel im Bundestag erinnerte mich an eine eigene Aussage von 1968 auf der Großdemonstration in Bonn. Der "Schlachtruf" "Benda, wir kommen!" galt dem damaligen Bundesinnenminister Ernst Benda, dem späteren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Meine blaue Papp-Fahne trug auf der einen Seite den Spruch: "Wir brauchen Demokraten - keine Notstandsgesetze" und auf der anderen Seite stand (ein Wunsch): "Mit der Liberal-Sozialen Partei gegen Notstandsgesetze und Notstand im Parlament".

Ich wurde bei der Suche in den eigenen Texten daran erinnert a) dass ich 1968 – als die Notstandsgesetze auf der Tagesordnung standen - auch schon gegen Windmühlen (Don

Quijote) gekämpft habe und 1992 einerseits gegen den Verrat des Grundgesetzes und des Demokratieprinzips durch den Bundestag und die Bundesregierung und andererseits gegen die Einführung des Euro, aufgrund der Mängel in den Voraussetzungen für eine gemeinsame Währung beim Bundesverfassungsgericht. Wenn ich das so bedenke, dann ist das, was ich hier mache, die reinste Don Quijoterie. Ich muss mal unseren Hausarzt fragen, ob es dagegen eine Pille gibt.

In der Anmerkung 10) Zum Text auf Seite 19 (S. 36 f.) ist folgendes zu lesen:

Die Wirtschaftswissenschaft insgesamt ist zu sehr an die politischen Machtblöcke oder ideologisch fixiert. (Ich lasse mich gerne widerlegen.) Von der Tagung "Die Zukunft der Ökonomie" vom 4. bis 6. Mai 1984 in der Evangelischen Akademie Loccum habe ich folgende Äußerung aus der Diskussion von Prof. Dr. Johan Galtung, Nobelpreisträger, in Erinnerung: "Die Ökonomen stützten nur die jeweils herrschende Macht." Die Aussage habe ich so in dem Loccumer Protokoll Nr. 15 / '84 nicht wiedergefunden. Es wird in seinem schriftlich wiedergegebenen Referat mit dem Titel "Ökonomismus als Okzidentalismus" differenzierter argumentiert. Im Bezug auf das Thema dieser Anmerkung, die ja darauf hinweisen soll, daß in der Ökonomie, nicht erst in der Politik, die Dinge schief laufen, sondern schon in der Wirtschaftswissenschaft, zitiere ich Galtung in zwei Passagen, die unter der Zwischenüberschrift "Homo occidentalis oeconomicus axiomaticus" im Protokoll wiedergegeben sind:

"Erstens muß jede wissenschaftliche Fachrichtung Schwerpunkte bilden, eine Auswahl muß getroffen werden. Sie kann sich nicht mit allem befassen, ansonsten würde sie aufhören, Wissenschaft zu sein. Die Betonung einiger weniger Variablen bringt es jedoch unausweichlich mit sich, daß andere in den Hintergrund treten. Dadurch kann sich im Laufe der Zeit eine Vernachlässigung ganzer Problembereiche ergeben, die sogar so weit gehen kann, daß ausgeprägte Lücken nicht nur in der Wissenschaft und ihrem Thesengebäude entstehen, sondern auch in den Köpfen der Vertreter der jeweiligen Disziplin, i n c a s u der Wirtschaftswissenschaftler. Konkreter gesprochen, es erscheint nützlich, sechs solcher Lücken aufzuzeigen, die dem Ökonomehirn eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Schweizer Käse verschaffen. ..." (S.170)

"Philosophie. (7. Lücke d.V.) Der homo occidentalis oeconomicus nimmt kaum wahr, daß es ihm an Bewußtsein über solche Dinge mangelt. Es existiert eine unreflektierte, geradezu jungfräuliche Unschuld, die in gewisser Weise anziehend wirkte, wäre sie nicht so gefährlich. Zwar weist jeder, sowohl der Mensch im allgemeinen, als auch der Sozialwissenschaftler im Besonderen, Lücken im Bewußtsein auf. Die Gefahr besteht darin, daß nicht jeder über so viel Macht verfügt wie die Ökonomen, die die Hohepriester des Subsystems sind, das der Träger des Zivilisationscodes der abendländischen Gesellschaft, des Wirtschaftssystems, ist.

Selbstverständlich gibt es noch andere Träger dieser Art, insbesondere das militärische Subsystem - aber zumindest in Zeiten des Friedens oder in Abwesenheit eines offenen Krieges hat die Wirtschaft die größte Bedeutung. Daher ist es besonders wichtig zu wissen, wie Ökonomen denken, bzw. wie sie nicht denken, da dies das Leben von uns allen beeinflusst." (S.173)

Unter der institutionalisierten Ökonomiewissenschaft der ehemaligen DDR ist ja fleißig abgewickelt worden. Es wäre an der Zeit, diesen Fleiß auch bei der Wirtschaftswissenschaft aus der alten BRD zu zeigen.

Aus dem Gliederungspunkt

5.3 Grundgesetz und Naturrecht als Beurteilungsgrundlage (ab S. 28)

Ein Bundesverfassungsgericht muß natürlich das Grundgesetz, auf das es verpflichtet ist, bei der Beurteilung von Verfassungsbeschwerden als Grundlage nehmen. Ich denke aber, daß bei der Klärung der in dieser Beschwerde aufgeworfenen Fragen die Grenzen der Aussagefähigkeit des Grundgesetzes erreicht werden. Das Grundgesetz kann logischerweise keine Aussage darüber machen, ob diejenigen, die es formuliert und beschlossen haben, dazu berechtigt waren und folglich kann es auch keine Aussage darüber machen, wer die Nachfolge-Verfassung formulieren und beschließen darf. Die Monarchen haben bekanntlich die Legitimität ihrer Herrschaft und Macht von ihrem jeweiligen Gott abgeleitet. Wie sieht es nun mit den Menschenrechten und dem Anspruch auf Demokratie aus? Konnten diese Rechte als positives Recht von einer Kommission, einer Regierung, von Siegermächten im Nachkriegsdeutschland gestiftet, geschenkt oder verliehen werden? Verlieren Menschen, die ihren Staat verlassen, ihre Menschenrechte und erhalten sie in dem Staat, in dem sie sich dann niederlassen, erneut die Rechte von anderen Menschen - in welcher Rolle auch immer - verliehen? Ich denke, daß es unlogisch ist, den Ursprung der Menschenrechte und das Recht auf Selbstbestimmung, auf Selbstregierung, auf Demokratie in einem Gnaden- oder Gesetzesakt von herrschenden Menschen - und seien sie demokratisch gewählt - zu suchen. Aber auch der einzelne Mensch kann sich nicht die Menschenrechte verleihen, und auch ein Gruppenverband kann sich den Anspruch auf Demokratie nicht schenken. Letztlich bleibt nur übrig, die Menschenrechte und das Recht auf Selbstherrschaft als Bestandteil der Natur des Menschen zu verstehen. Es sind sozusagen nichtmaterielle Organe oder Glieder des Menschen von Anbeginn an. Diese Rechte sind - unabhängig von Rasse oder Kultur - vorhanden, auch wenn sie nicht bewußt sind, nicht wahrgenommen werden oder vorenthalten werden. Wenn es so ist, wie ich hier formuliere, dann handelt es sich bei den Menschenrechten und der Demokratie um ein Recht, das aus der Natur des Menschen oder aus der Vernunft abgeleitet ist und somit Vorrang vor dem positiven, dem beschlossenen Recht hat. Im "Juristischen Wörterbuch" von Ewald Köst heißt es, daß sich die Grundgedanken des Naturrechts bereits bei Aristoteles finden und durch Bodin, Hugo Grotius, Leibniz und Kant vertreten wurden. Damit das Verfassungsgericht zu einem angemessenen Urteil kommt, darf daher mit einiger Berechtigung erwartet werden, daß es nicht nur das

positive Recht in Form des Grundgesetzes, sondern auch das Naturrecht, wie es sich aus der reinen Vernunft ergibt, zur Urteilsbildung heranzieht.

oooooooooooooooooooo

Jetzt folgen die Zitate und Arbeiten, in der Benda seine Aussage zum Grundgesetz und der Wirtschaftsordnung macht.

Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

Offener Brief vom 1. Mai 2001

Dokumentation 3 / Seite 1 bis 43

Benda: Grundgesetz schreibt keine Wirtschaftsverfassung vor 43

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.3%20OB%20Lt.%20Doku%2003.pdf>

Hier heißt es:

Benda: Grundgesetz schreibt keine Wirtschaftsverfassung vor
Baden-Baden, 13. Oktober ~dpa~ / Hannoversche Allgemeine Zeitung
Das Grundgesetz der Bundesrepublik schreibt nach Auffassung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Benda, keine bestimmte Wirtschaftsverfassung vor. Vor der Mitgliederversammlung des Verbandes der Chemischen Industrie erklärte Benda am Freitag in Baden-Baden, die Soziale Marktwirtschaft sei zwar verfassungsgemäß. Im Rahmen des Grundgesetzes sei aber auch eine andere Ordnung möglich, soweit sie Extremlösungen vermeide. Der Präsident betonte, das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes verpflichte den Staat „die soziale und damit auch die wirtschaftliche Ordnung im Sinne einer gerechten Ordnung“ zu gestalten. Allerdings trete das freiheitliche demokratische Grundgesetz der Staatswirtschaft, der Zentralverwaltungswirtschaft mit sozialisiertem Eigentum „ohne jeden Zweifel entgegen“.

oooooooooooooooooooo

Die nächste Erwähnung von Ernst Benda in einer eigenen Arbeit:

Der moralische Zeigefinger von Attac weist in die Irre! (Zweite Stellungnahme)

Von Tristan Abromeit / 6. März 2008 / Text 59.2 / ab Seite 3

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/59.2%20Attac%202.%20Stellungnahme.pdf>

Wenn ich mich richtig erinnere, war es der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Ernst Benda, der da sagte, daß das Grundgesetz keine bestimmte Wirtschaftsordnung vorschreibe. Das ist nach den Buchstaben sicher richtig. Wenn man aber bedenkt, daß wir nur die Wahl zwi-

schen zwei reinen Formen der Wirtschaftsordnung haben, nämlich der Zentralverwaltungswirtschaft und der Verkehrswirtschaft und die Bedingungen beider Systeme bedenkt, dann stimmt die Aussage nicht mehr. Die Installation einer Zentralverwaltungswirtschaft (Kommandowirtschaft) bedingt nämlich die Aufhebung wesentlicher Verfassungsrechte. Das läßt sich theoretisch vielleicht noch verschleiern, in der Praxis wird es aber immer wieder offenbar werden. Wenn wir also eine freie Gesellschaft mit Demokratie anstreben, dann bleibt uns nur die Wahl der Marktwirtschaft und wir müssen herausfinden, unter welchen Bedingungen diese zufriedenstellend funktionieren kann. An diesem Punkt angekommen, kamen mir mit der Post drei Zeitschriften ins Haus:

1. Mehr Demokratie – Zeitschrift für direkte Demokratie vom gleichnamigen Verein, der sich seit Jahren für die konsequente Einführung und praktikable Durchführung von Volksentscheiden einsetzt und zäh die Widerstände aus der Parteienherrschaft bekämpft. (www.mehr-demokratie.de)

2. Fairconomy für eine Welt mit Zukunft von der INWO (Initiative für die Natürliche Wirtschaftsordnung) (www.INWO.de)

3. HUMANe WIRTSCHAFT vom Förderverein-NWO e.V. (www.humane-wirtschaft.de)

Die Akteure von Mehr Demokratie e.V. können ihren bisherigen Erfolg sicher darauf zurückführen, daß sie konsequent das eine Thema verfolgt haben, das auf ihrer Internetseite wie folgt beschrieben wird:

„Mehr Demokratie ist der Motor für Volksabstimmungen und ein besseres Wahlrecht. Jede Stimme zählt gleich und jeder Mensch hat das Recht, sich zu beteiligen. Dafür setzen wir uns ein.“

Eberhard O. Müller setzt sich in seinem Artikel über Publikationsstrategie von Mehr Demokratie e.V. in der Ausgabe 1/08 der Zeitschrift für direkte Demokratie für eine Öffnung der Themen ein. Dies halte ich ebenfalls für sinnvoll, denn ausgehend von der Interdependenz der Teilordnungen müssen wir nicht nur die zukünftige Gestalt unserer Ökonomie diskutieren, sondern auch die unseres Staates, der ja den rechtlichen Rahmen für die Gesellschaft der Freien abgeben soll. Und dabei geht es nicht nur um die direkte Demokratie als belebendes und korrigierendes Element zur Stellvertreterdemokratie, sondern auch um die Durchsetzung des (stellvertretenden) Kinderstimmrechtes, eine konsequente Gewaltenteilung, ein besseres Selektionssystem für die Stellvertreter-Demokraten, die Einschränkung der Parteien- und Verbändemacht, um Schutzzonen von Individuen vor Mehrheitsentscheidungen. Auch die Mehrheitsdemokratie kann diktatorische Züge haben. (Siehe Kohr: Weniger Staat – Gegen die Übergriffe der Obrigkeit, 1965) Es geht aber auch um die Parlamente der Betroffenen, die die Grünen in ihrer Gründungszeit diskutiert haben, sich aber nur im privatrechtlichen Rahmendurchsetzen lassen. Bei diesem Thema verweise ich gerne auf Föderalismus – Die demokratische Alternative, eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativen Freiheitsbegriff von Karl Hahn, 1975. Bei all dem Bemühen – sofern wir unsere gesellschaftliche

Trägheit überwinden - mag dann eine Revolution der Demokratie herauskommen, so lautet ein Buchtitel von Johannes Heinrichs aus dem Jahr 2003. Ein anderer Buchtitel von ihm: Sprung aus dem Teufelskreis (Sozialistische Wirtschaftstheorie) ist dann die Überleitung zu den nachfolgenden Berichten, Zitaten und Überlegungen.

oooooooooooooooooooooooooooo

In der nächsten Arbeit mit der Textziffer 160.2, die noch kein Jahr alt ist, erfolgt wieder ein Hinweis auf Benda. Der Titel lautet:

Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Die Linken und die Mittigen sind die Verursacher des neuen Einflusses der Rechten und sie bilden den gedanklichen Zaun, der den Menschen den Weg in die Freiheit und den Wohlstand ohne Zukunftsangst versperrt.
von Tristan Abromeit / November 2018 (Seite 9 f)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/160.2.Pol.Leitideen.Neues.freiwirtschaftliches.Manifest.pdf>

Ich denke, die Arbeit an und mit der NWO ist eine Arbeit an der Verfassung der Gesellschaft, in der sie eingeführt werden soll. Die Verfassung ist leider kein Thema, wo für die Bürger sich massenweise interessieren. Aber das Interesse an Verfassungsfragen ist sicher hundertfach stärker als an den nackten Boden- und Geldthemen. Im Protokoll der Tagung des (alten) Freiwirtschaftsbundes von 1952, in der die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gegründet wurde, gibt es den Gliederungspunkt mit folgendem Wortlaut: „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“. Es zeigt, dass wenigstens Anfang der 50er Jahre ein Bewusstsein dafür vorhanden war, dass die Ökonomie für eine Gesellschaft einen Verfassungsrang hat. Dabei halte ich es aber nicht für richtig, der Wirtschaft eine gesonderte Verfassung zu geben, sondern die verfassungsrechtlichen Aussagen zur Wirtschaft müssen Teil der Gesamtverfassung werden. Die Kultur, das Recht und die Wirtschaft bilden eine gesellschaftliche Einheit, die nur zur besseren gedanklichen Durchdringung in Teile aufgelöst werden sollten. Die Idee mit der gesonderten Wirtschaftsverfassung rührt vielleicht auch daher, dass das Grundgesetz keine spezifische Wirtschaftsordnung vorschreibt, wie der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Ernst Benda, in einer Tagung der Ev. Akademie Loccum einmal sagte. Das halte ich aber für einen Gedankenfehler, der nicht die Implikationen der beiden reinen Wirtschaftsordnungen, der Zentralverwaltungswirtschaft und der Marktwirtschaft berücksichtigt. Der Katalog der Grundrechte lässt sich nicht im Modell der Zentralverwaltungswirtschaft realisieren. Es bleibt für eine demokratische Verfassung nur die Marktwirtschaft. Leider ist es so, dass diese fast bis zur Unkenntlichkeit deformiert werden kann. Diese Deformierungen kenntlich zu machen und Wege zur ihrer Aufhebung aufzuzeigen, ist die Aufgabe der Freiwirtschaftsschule.

-TA -

Den nächsten Text zum Bodenrecht habe ich hier eingefügt: a) zur Unterstützung des Themas im Haupttext und b) weil er auf Osnabrück verweist, auf die Stadt, aus der auch die Anregung zum aktuellen Text von mir kam.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden%28un%29recht%20Teil%20I.pdf>

Das Boden(un)recht Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit / Eine Sammlung fremder und eigener Texte von Tristan Abromeit mit eigenständigen Beiträgen von: Fritz Andres, Roland Geitmann, Elisabeth Meyer-Renschhausen u.a. / Oktober 2000

Das Vorwort: Anlaß und Zielsetzung dieses Arbeitspapiers:

Dieses Projekt wird als überregionaler Teil eines von Pastor Dr. Hans-Hermann Tiemann initiierten EXPO-Regionalprojekts „Boden“ verstanden, das von der Stadt Osnabrück mitgetragen wird. In dem Regionalprojekt soll verdeutlicht werden, wie geschichtliche Abläufe und gesellschaftliche Strukturen in den Bereichen Religion, Kultur, Landwirtschaft, Handwerk und Industrie auf den Raum Osnabrück bezogen gleichsam Schichten gebildet haben und weiter bilden, so wie sie auch geologisch - nicht nur dem geistigen Auge sichtbar - im Boden zu beobachten sind. Tiemann greift zurück auf Aristoteles, der Ontologie, die Lehre vom Seienden als solchem und dem, was wesentlich zu ihm gehört (Duden, Fremdwörterbuch) und auf den Philosophen Nicolai Hartmann (geb. 1882 in Riga, gestorben 1950 in Göttingen). „H. unterscheidet vom realen Sein eine Sphäre des idealen Seins, in der Werte und mathematische Gegenstände existieren. Das reale Sein sei geschichtet in eine anorganische, organische, seelische und geistige Schicht (regionale Ontologie). Die Philosophie habe die Grundbestimmungen (Kategorien) jeder Schicht aufzusuchen und in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu klären (Kategorialanalyse).“ (Lingen Lexikon) Ich vermute, Tiemann wird am geeigneten Platz auf seinen Arbeitsansatz eingehen und die Bedeutungen des Schichtungsgedankens für die Bewältigung unseres gesellschaftlichen Alltags erläutern. Da „Schicht“ aber auch ein soziologischer Begriff ist, gehe ich davon aus, daß auch die Prägung und der Wandel gesellschaftlicher Schichten dort einbezogen werden. Ich selber bemühe mich hier um das Thema Bodenrecht, das in seinen heutigen Formen fast an jedem Ort der Welt zu Problemen führt und eine wesentliche Ursache für ordnungspolitische Ungereimtheiten und Kriege ist. Es ist nicht meine Absicht hier, die ganze Bodenrechtsproblematik auszubreiten. Ich werde soviel Zitate, fremde und eigene Texte bringen, daß die Neugier geweckt wird und die Leser dieser Zeilen alleine oder in Verbund mit anderen das Thema selbständig bearbeiten kann. Beim Umfang des Themas scheint mir eine arbeitsteilige Vorgehensweise als zweckmäßig. Ich werde im letzten Teil dieser thematischen Hinführung Vorschläge zum Arbeitsverfahren machen, die natürlich durch andere, bessere Vorschläge ersetzt werden können. Wenn sich nur ein Dutzend Menschen auf diesem Wege zusammenfinden, um gemeinsam am Bodenrechtsthema zu arbeiten, dann werden sie auch in der Lage sein,

die Lasten des Vorhabens gerecht zu verteilen. Sie müssen sich dann überlegen, ob sie eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft bilden oder ob sie sich einer der bestehenden Gruppen anschließen. Ich hoffe aber darauf, daß sich viele Dutzende von mitarbeitenden Menschen an dem Projekt beteiligen und sich ein genügend großer Förderkreis bildet. In diesem Fall ist dann eine angegliederte Arbeitsstelle mit modernen Archivierungsmöglichkeiten, Bibliotheks- und Arbeitsräumen in einer Universität oder besser in einem selbstständigen Forschungsinstitut mit regulären Mitarbeitern, ABM-Kräften und/oder Zivildienstleistenden erforderlich. Wie häufig sind in den Zeitungen Berichte zu lesen über Bürgerzusammenschlüsse, die zum Ziel haben, mit irgendeiner Sache im Guinnessbuch der Rekorde aufgenommen zu werden. Warum sollen BürgerInnen nicht einmal etwas Großes, Einzigartiges zuwege bringen, von dem man in hundert Jahren noch spricht? Warum sollte in Osnabrück, der Stadt des Westfälischen Friedens, nicht ein weltweit einzigartiges Dokumentationszentrum zum Thema Bodenrecht entstehen? Es ist möglich, weil das Projekt den Beteiligten Freude und politische Genugtuung vermitteln kann! Das im Titel ausgewiesene große Ziel ist nicht utopisch, es ist realisierbar. In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 11. August 2000 ist z.B. zu lesen: „Zufrieden zeigte sich Bode (Thilo Bode ist Geschäftsführer von Greenpeace International, d. V.) über die steigende Unterstützung für Greenpeace. Im vergangenen Jahr hätten 2,5 Millionen Menschen die Organisation unterstützt, 100 000 mehr als im Jahr zuvor. Die Einnahmen der gesamten Organisation seien um 14% auf 126 Millionen Euro gestiegen.“ Die Erfolgsbilanz anderer gemeinnütziger Organisationen mag vielleicht nicht ganz so gut aussehen. Nur ist es so, da wo die Menschen eine sinnvolle Aktivität sehen, die die Schäden der Politik mindern oder auszugleichen vermag, sind sie auch bereit sich zeitlich und finanziell zu engagieren. Das hier angestrebte Projekt ist eine strategische Förderung aller Menschenrechts-, Umwelt-, Entwicklungshilfverbände und der Friedensbewegungen, die leider nur immer im Konfliktfall anschwellen und in ruhigen Zeiten, die für Grundlagenarbeiten geeignet wären, austrocknen. Warum sollte ein solches Projekt nicht die erforderliche Förderung finden? Wenn Völker, die in kriegerischen Auseinandersetzungen verwickelt sind oder vor Hunger nicht in den Schlaf kommen, nicht über ein friedensstiftendes Bodenrecht nachdenken können, dann ist das verständlich. Wenn wir Deutschen, die wir eindeutig im ausgelaufenen Jahrhundert die größten (wenn auch nicht alleinigen) politischen Schurken waren, in einer gesellschaftlichen Situation des vollen Bauches und des freien Informationszuganges nicht die wirklichen Grundlagen für das friedliche Zusammenleben der Menschen legen, dann ist das mehr als beschämend. Ich bin wahrlich nicht der einzige, der eine klammheimliche oder unbewußte Freude in der politischen Mitte über den Rechtsextrémismus registriert. Kann man doch mit einer verbalen Gegnerschaft zu den inhumanen Aktionen - ohne sich um eine tiefer gehende Analyse bemühen zu müssen - sich selber bescheinigen, daß man zu den politisch Guten gehört, und gleichzeitig kann man mit der Existenz von extremistischen Ausfällen die Mittelmäßigkeit der politischen Mitte und ihre Leistungsschwäche verstecken. Es fällt dann auch nicht mehr auf, daß unsere politische Klasse die Gesamtheit der Bürger in Bezug auf das demokratische Fundament, auf die Verfassungsfindung entmündigt hat und aufgrund ideologischer Befangenheit die Sozial-

ökonomie in einem desolaten Zustand beläßt. Mir scheint, unsere Gesellschaft hat nicht aus der Bekämpfung des Linksextremismus zu Zeiten der RAF gelernt. Unser politisches System wie auch die Sozialwissenschaften (einschließlich der juristischen Fakultäten) sind nicht in der Lage, ohne einen großen Druck aus der Bürgerschaft den erforderlichen Wandel in der Gesellschaft vorzubereiten und einzuleiten. Der Lehrstuhl ist wichtiger als die Wahrheit, das Mandat ist wichtiger als die Eide und die Glaubwürdigkeit. Das nach Freiheit und Gerechtigkeit drängende Potential wird wie in den ehemaligen „sozialistischen“ Staaten klein gehalten - nur auf andere Weise. Auch die westlichen, unterentwickelten Demokratien bedürfen einer Solidarnosc. Ich sehe für uns aber noch keine Person, die die Rolle des Lech Walsesa der Gründungszeit übernehmen könnte. Aber als Individualist setze ich hier lieber auf eine kollektive Leistung, denn wenn politische Prozesse zu sehr an Personen gebunden sind, dann stellt sich zu leicht eine politische Inhaltlosigkeit (siehe DIE ZEIT Nr. 35/2000, S. 2) oder eine menschenverachtende Fehlleistung ein. Vergessen dürfen wir aber nicht, daß die Menschen in der Politik und Wissenschaft, deren Wirken zu kritisieren ist, selten aus Böswilligkeit handeln. Wir können sie als Systemgefangene verstehen. Gefangene soll man befreien. Wenn ich mit meinen 67. Lebensjahren in Bezug auf dieses Projekt noch einen Ehrgeiz habe, dann ist es jener, der meint, daß die Wissenschaft und die Politik auf trab gebracht werden müssen und daß gegen die sich grassierend verbreitende politische Resignation das positive Beispiel gesetzt werden muß. Ich möchte nicht, daß auf meinem Grabstein die ungeschriebenen Worte stehen: Er wurde politisch schuldig wie seine Eltern und Großeltern. Die Bearbeitung des Bodenrechts ist ein Teil der unterlassenen und verhinderten Verfassungsarbeit, ein Beitrag zur ordnungspolitischen Selbstfindung der Menschen in Osnabrück, in Deutschland, in Europa und der Welt.

Im zweiten Teil des Haupttextes 164.0 habe ich weitere Verweise auf frühere Arbeiten direkt in den laufenden Text eingefügt. Diese Datei wurde am 29. Sept. 2019 in die vorliegende Form gebracht. TA